

Information der Belegschaftsliste
für die Beschäftigten bei Bayer Wuppertal

Bayer BKK wird ausgegliedert

Am 23.3. erfuhren wir aus Bayer aktuell "Bayer BKK muß den Beitragssatz anpassen". Ab 1.3. steigt der Beitrag um 0,3 % auf 12,9 %. Ab 1.1.2000 fusioniert die Bayer BKK mit der BKK Erdölchemie und öffnet sich für alle. Das heißt, nicht nur Angehörige von Bayer-Mitarbeitern können Mitglied werden, sondern alle, die die neue BKK besonders toll finden. Ein paar Tage später erschien auch noch ein GBR-Info zu diesem Thema. Schlauder wurde man dadurch leider nicht, außer der GBR kämpft mit allen Mitteln für die Beschäftigten der BKK. Mit der Begründung, einer gesetzlichen Zwangsöffnung zuzukommen, wurde die Öffnung der BKK für alle, schon für das Jahr 2000 beschlossen.

Zwangsöffnung beschlossen

Ein Gesetzesvorhaben der Regierung zur Zwangsöffnung der BKKen ist nicht bekannt, noch nicht einmal geplant. Der zweite Grund soll die hohe Zahlung zum Risikostrukturausgleich sein. Den Risikostrukturausgleich der gesetzlichen Krankenkassen gibt es schon seit Jahren und hat genau den Sinn, die großen Unterschiede der Beitragssätze anzugleichen.

Hausgemachte Defizite

Weil die Bayer BKK es versäumt hatte, wegen höherer Beiträge zum Risikostrukturausgleich, den Beitrag rechtzeitig zu erhöhen, haben sich bis 1999 etwa 42 Mio DM Miese (Mehrausgaben gegenüber den Einnahmen) angehäuft. Dies muß jetzt als Begründung dafür herhalten, daß die BKK-Beschäftigten aus der Bayer AG ausgegliedert werden. Um die Schulden abzubauen wird der Beitrag auf 12,9 % erhöht und Bayer schießt dieses Jahr 11 Mio DM zu. Der Abbau der Schulden wird die Voraussetzung für die Öffnung der Kasse sein. Das mit der Öffnung, die Versicherten auch die Kosten der BKK-Beschäftigten, in Höhe von 15 Mio DM jährlich, mit dem Beitrag übernehmen müssen, wird im Bayer aktuell mit keinem Wort erwähnt. Bayer zahlt also 1999 einmalig

zusätzlich 11 Mio DM und ist dann zukünftig die Lohnkosten der Kassenbeschäftigten losgeworden. Erst 1996 hatte der Bayer-Vorstand die weitere Übernahme der Lohnkosten der BKK-Beschäftigten zugesagt. Dies wird ab 2000 anders werden, da die Bayer BKK dann "selbstständig" ist. Ob sich die Beiträge in den nächsten Jahren so positiv, wie vorhergesagt, entwickeln, wird von uns bezweifelt. Nach unserer Meinung können die Versicherten mit



dem Risikostrukturausgleich besser leben, als mit der Übernahme der Lohnkosten der BKK-Beschäftigten. Dies wird erstmal zu einem höheren Beitrag über längere Zeit führen, wenn nicht sogar zu weiterer Beitragserhöhung.

Anbeitnehmervertreter stimmen zu

Sicher ist nur, ab 2000 werden wieder Bayer Mitarbeiter ausgegliedert. Der Personalabbau geht weiter, trotz aller Versprechungen der IG BCE (Chemie). Diese und die Betriebsratsmitglieder im Verwaltungsrat haben dieser Neuregelung zugestimmt. Die Gründe sind wie immer die gleichen, es müssen die -Arbeitsplätze gesichert werden, auch wenn dabei welche geschlachtet oder die Bedingungen für die Mitarbeiter verschlechtert werden. Wie sich die Situation der BKK-Beschäftigten nach der Öffnung darstellen wird, ist schon heute vorhersehbar. Es wird enormen Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen

geben, da sie ja dann aus Beiträgen finanziert werden. Auch wenn heute alle Seiten beteuern, daß es zu keinen Verschlechterungen für die BKK-Beschäftigten kommen wird, müssen wir dies anzweifeln. Wenn sich der Gesamtbetriebsrat aufplustert, was er alles tun will, ist das alles nur scheinheilig. Er hätte die Ausgliederung ganz einfach durch ein NEIN verhindern können. Das haben unsere Kollegin M. Hürten aus Leverkusen und unser Kollege D. Bruhns aus Brunsbüttel im Verwaltungsrat versucht, wurden aber von allen anderen "Arbeitnehmervertretern" alleine gelassen. Bei der Sozialwahl zum BKK Verwaltungsrat hatten wir uns auf eine Friedenswahl eingelassen. Das war wohl ein Fehler.

PENKA-Wahl

Zur anstehenden Vertreterversammlungswahl der Pensionskasse haben die fortschrittlichen Gruppen Belegschaftsliste, Durchschaubare Leverkusen und Fuul Brunsbüttel aus Vorschläge gemacht. Ziel ist es, die Belegschaft in der Vertreterversammlung angemessen und gut zu vertreten. Unsere Kandidatenvorschläge sind für **Brunsbüttel**: **Detlef Bruhns** (Arbeiter); für **Elberfeld**: **Guiseppa Sgroi** (Angestellter); als 1. Stellvertreterin **Gabi Stalloni** (Angestellte); als 2. Stellvertreterin **Erika Quartey** (Angestellte); und **Ulrich Franz** (Angestellter); als 1. Stellvertreter **Michael Schmidt-Kießling** (Angestellter); als 2. Stellvertreter **Peter Rauh** (Angestellter); für **Leverkusen**: **Klaus Jagusch** (Angestellter); als 1. Stellvertreter **Ralf Lühhmann** (Angestellter); **Kasim Deve** (Arbeiter); als 1. Stellvertreter **Walter Hein** (Arbeiter). Sollte es mit den IG Chemie-Vetretern zu einer gemeinsamen Liste kommen, würde keine Wahl stattfinden. Die Verhandlungen über eine gemeinsame Liste sind noch nicht abgeschlossen.

Immer wieder:

Arztbesuche als liebste Freizeitgestaltung?

So hätten sie es gerne, unsere netten Chefs. Schließlich gehen wir ja meist aus purer Langeweile und nur so zum Spaß zum Arzt- vom Zahnarzt ganz zu schweigen. Also, was liegt näher, als diese Zeiten auch als Freizeit zu verbuchen? Wer jetzt noch eine Verrechnung als ausgefallene Arbeitszeit wünscht, ist doch total unkollegial, oder?

Pech gehabt, liebe Chefs. Der Manteltarifvertrag gilt noch immer. Danach werden wir Arbeitnehmer für notwendige Arztbesuche in der Arbeitszeit bezahlt freigestellt. Und selbst das neue SAP, daß ja zur Zeit für alle Begründungen herhalten darf, kann das verbuchen.

Allerdings kann der Vorgesetzte eine Bescheinigung verlangen, daß die ärztliche Behandlung zu dieser Zeit notwendig ist. Kosten für solche Atteste sind dann von Bayer zu erstatten.

Neuer Werksarzt in Elberfeld

Seit Anfang Januar ist Herr Dr. Kamps als neuer Werksarzt in Elberfeld. Er wird an Stelle von Frau Dr. Nuphaus-Klein hauptsächlich in Aprath tätig sein. Frau Dr. Nuphaus-Klein wird Herrn Dr. Sitt ersetzen, da dieser in den Ruhestand geht.

Dr. Kamps ist Facharzt für Innere Medizin und Arbeitsmediziner. Außerdem hat er einige Zeit als Notarzt gearbeitet.

Wir wünschen Herrn Dr. Sitt für die Zukunft alles Gute und hoffen trotz reduzierter Einsatzzeit auf gute Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Kamps.

Da neue Besen ja bekanntlich gut kehren, wünschen wir uns, daß einige Dinge in Zukunft besser funktionieren und intensiver angegangen werden.

Werkssicherheit

Immer Ärger mit den Ausgleichsschichten

Beim Werkschutz bekommen die KollegInnen seit Jahren keine langfristige Planung der AGS-Schichten. In der Gesamtbetriebsvereinbarung "Neues 5-Schicht-System" steht unter Punkt 5 folgendes:

"Ausgleichszeiten sind vom Mitarbeiter zu erbringende Arbeitszeit. Sie sollen vom Betrieb langfristig - in der Regel während der Erstellung von Urlaubsplänen u. ä. - eingeplant werden. Bei der Planung sind die betrieblichen Notwendigkeiten und persönliche Belange der Mitarbeiter zu berücksichtigen. Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Arbeitszeitbestimmungen können die Ausgleichszeiten auf alle lt. Schichtplan arbeitsfreien Tage auf Früh-, Spät-, Nacht- und Tagschicht verteilt werden."

Diese GBV gilt auch für die Abt. Werkssicherheit. Da diese Regelung im Großen und Ganzen in allen Produktionsbetrieben eingehalten wird, sollte dies auch in der Werkssicherheit möglich sein. In einem Gespräch mit dem neuen Leiter des Werkschutzes, Herrn Dominas, sagte er Besserung bei der Einteilung der AGS zu.

Werkskläranlage gerettet ?!?

Oberdiplomingenieur Pohl, Chef über Handwerk, Dienstleistung und mehr, ist immer für eine Überraschung gut.

Preschte er als erster in der Bayer AG im Herbst '98 noch mit dem Wollen nach Vertrauensarbeitszeit vor, so

überraschte er jetzt das zuhörende Arbeitervolk auf einer Abteilungsversammlung mit der Feststellung, die Werkskläranlage in der Rutenbeck würde deshalb weiter von Bayer-Mitarbeitern betreut, weil der Betriebsrat dies und keine Fremdvergabe wollte! Herr Pohl, dies ist zuviel der Ehre.

Sie haben sich bei der Fremdvergabe noch nie einen Deut um die Position des Betriebsrates gekümmert. Nebenbei gesagt, ist dies auch nicht nötig.

Denn soweit geht die Mitbestimmung in unserem Lande doch nicht. Denn wenn dies so wäre, hätten wir der Fremdvergabe von Handwerkerleistungen im Forschungszentrum widersprochen, hätten die Fremdvergabe von Planungsarbeiten

nicht hingenommen, würden statt der aktuellen Fremdvergabe in der PLT neue Mitarbeiter einstellen und hätten nicht diese große Menge an Fremdfirmen-Mitarbeitern, die auch Kollegen sind, aber laut Herrn Han-

nappel im gesamten Bundesgebiet eingesetzt werden können, wenn die Arbeit weniger wird.

Es werden taktische oder finanzielle Gründe gewesen sein, die zu dem Entschluß geführt haben, weiter Bayer-Kollegen in der Werkskläranlage arbeiten zu lassen.

Daß Herr Pohl gleichzeitig dem Betriebsrat den schwar-

zen Peter für die Handwerker, die bei der Schließung der Pflanzenschutz-Produktion in 2 Jahren zu versorgen sind, in die Schuhe schiebt, zeugt von der Abgebrühtheit und der taktischen Clevernis, die einen Oberdiplomingenieur wohl auszeichnet.



Betriebsräte der Belegschaftsliste, V.i.S.d.P. Margot Kellermann, Friedrich-Ebert-Straße, Haan
(namentlich gezeichnete Beiträge oder Leserbriefe geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder)

Klaus Annuß, PH Ökologie, Geb. 52, Tel. 7307;
Ulrich Franz, WID, Geb. 459, Tel. 4475
Eike Gardlo, PH-R MST, Geb. 405, Tel. 4905
Peter Großmann, PH TR, Geb. 90, Tel. 2462
Siegbert Hufschmidt, Betriebsrat, Geb. 54, Tel. (0202)36-7543
Helmut Prill, Hauptwerkstatt/Revision, Geb. 156, Tel. 2220
Björn Reitz, PH AQ-QU, Geb. 302, Tel. 2765

Michael Schmidt-Kießling, Betriebsrat, Geb. 54, Tel. 2546
Sabine Steiner, VE Chemie, Geb. 64, Tel. 7457
Gerd-Peter Zielezinski, PH 4/6, Geb. 16/17, Tel. 7582
Ersatzmitglieder:
Michael Groß, PH-EU-M-KPI, Geb. 405, Tel. 8310
Ralf Hochwald, PH TR, Geb. 90, Tel. 2713

Die Belegschaftsliste im Internet: <http://home.wtal.de/bl/>

Aufruf:

Vom 4. April bis zum 24. Mai findet im Kölnischen Stadtmuseum die viel diskutierte Ausstellung Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944 statt.

Die Belegschaftsliste organisiert für Samstag, dem 24. April, einen Ausstellungsbesuch unter fachkundiger Führung. Wer mitfahren möchte, kann sich bitte bei uns anmelden.

Rationalisierungsmaßnahme Handwerker 2000

Der Abteilungschef der Hauptwerkstatt, Herr Gude, sowie zwei seiner Meister haben dem Betriebsrat ein Konzept zur rationelleren Abwicklung von Handwerkeraktivitäten vorgestellt. Das Konzept soll auf Kurzausbildungen von Schlossern in PLT-Tätigkeiten und PLTisten in schlosserischen Tätigkeiten basieren. In 14 Stunden wurde das Fachwissen der unterschiedlichen Gewerke den Mitarbeitern beigebracht. Wenn man bedenkt, daß jeder dieser Ausbildungsberufe über Jahre erlernt wird, gelangt man sehr leicht zu der Auffassung, daß diese Zusatzqualifizierung sehr oberflächlich ist. Diese Rationalisierungsmaßnahme soll 40000.- DM pro Jahr Ersparnis bringen, für die zusätzlich qualifizierten Mitarbeiter aber

soll es keine Entgelterhöhung geben. Auch ist dieses Vorhaben wieder ein kleiner Teil einer Rationalisierungsmaßnahme. Schließlich will die Abteilungsleitung ja noch ca 20 Mitarbeiter abbauen um die alten BOM und E+E zu erreichen. Wir sind nicht gegen eine Qualifizierung von Mitarbeitern, wenn diese nach der Ausbildung auch dementsprechend honoriert wird. Unserer Auffassung nach darf es aber nicht sein, daß dadurch weitere Stellen abgebaut werden. Der Betriebsrat ist gefordert, eine Vereinbarung mit den Punkten wie Rationalisierungsschutz, Entgelterhöhung bei Qualifizierung und Gleichbehandlung von allen Mitarbeitern, etc. mit Bayer abzuschließen.

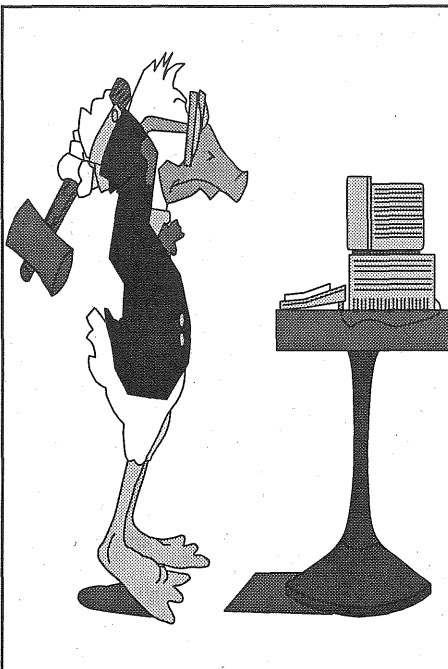


Homepage illegal ?

Der neue Personalchef, Rechtsanwalt Dr. Schuster, hat dem Betriebsrat untersagt, eigene Informationen in Form einer "homepage" im Bayer-Intranet an die Belegschaft weiterzugeben. Ein Grund sollen die Kosten sein. Dr. Schuster bezeichnete die Form der Betriebsrats-Information als illegal.

Der Elberfelder Betriebsrat will zur Zeit noch mit Mehrheit an der Nutzung festhalten. In Leverkusen findet in diesen Tagen zum gleichen Thema ein Gespräch zwischen dem Gesamtbetriebsrat und der Bayer AG statt - allerdings ohne Elberfelder Beteiligung.

Wer sich eine wirklich interessante, informative Homepage mit Diskussionsmöglichkeit anschauen möchte, dem sei rechts stehende Adresse empfohlen: ->



<http://home.wtal.de/bl/>

Hier informiert die Belegschaftsliste!

Bayer will Vorarbeiter und Kolonnenführer abschaffen

Bereits im Zuge der "Standortsicherungsvereinbarung" wurde es zum ersten Mal bekannt, bei den Einführungen von PROFITeam wurde es gleichfalls diskutiert: Die Funktionen der Vorarbeiter und der Kolonnenführer sind Bayer zu teuer.

Für 1997 machte Bayer ein mögliches Einsparvolumen von 7,1 Mio. DM aus. Neben der Abschaffung der Funktion der Kolonnenführer und Vorarbeiter sollen die von diesen z.B. bisher geleisteten Tätigkeiten in der Produktion fortan von den Chemikanten miterledigt werden. Nur Geld soll es dafür nicht mehr geben.

Der zentrale Bereich PS-PLK in Leverkusen ist beauftragt, ein entsprechendes Umsetzungskonzept zu entwickeln.

Wir fordern die Personalleitung und die Pharmaproduktionsleitung auf, solche Pläne schnellstens in den Papierkorb zu werfen. Damit wird das schon kalte (Betriebs-) Klima noch frostiger.

Kommentar

Konsequenz

Handstreichartig hat Lafontaine im Nov. 1995 den Parteivorsitz übernommen, Knall auf Fall hat er am 11.3.99 die Konsequenz gezogen und ist zurückgetreten, auch als Finanzminister.

Konsequenz für was?

Mit Lafontaine ist die SPD zur Regierungspartei geworden. Er war nicht industrieunfreundlich, allerdings hatte er den Anspruch gehabt zu gestalten. Auch im Sinne derer, die ihn gewählt haben.

Dem hat Kanzler Schröder einen Riegel vorgeschoben. "Er werde es nicht zulassen, daß eine industrie-feindliche Politik gemacht wird" - so konnten wir es in der Bildzeitung nachlesen, die am Morgen des 11.3. erschien, als Lafontaine Abends zurücktrat.

Schröder hatte es gut inszeniert: Erst der Krach im Kabinett, dann die Schlagzeile, dann der Rücktritt.

Lafontaine mußte feststellen, daß er innerhalb der SPD isoliert war. Seine Forderung, die Arbeitslosigkeit sei zu bekämpfen, bzw. in 2 Jahren zu halbieren, war mit einer industrie-freundlichen Politik nicht zu erreichen. Die Vorstellung, die Unternehmen hätten sich durch ein Bündnis für Arbeit einbinden lassen, war falsch.

Hundt und die Aktienmärkte triumphierten schon am Tag des Rücktritts.

Als Arbeitnehmer können wir uns jetzt warm anziehen. Schröder wird Industriepolitik machen. Die Arbeitslosigkeit wird weiter steigen. Und die aus dieser Situation herrührenden Zwänge werden die Beschäftigten und Arbeitslosen allein auslöfen müssen. Die Noch-Beschäftigten mit ihren "hohen" Entgelten und die Noch-Arbeitslosengeld-Bezieher werden als die Schuldigen erhalten müssen, bei einer sich weiter verschärfenden gesellschaftlichen Krise und Arbeitslosigkeit.

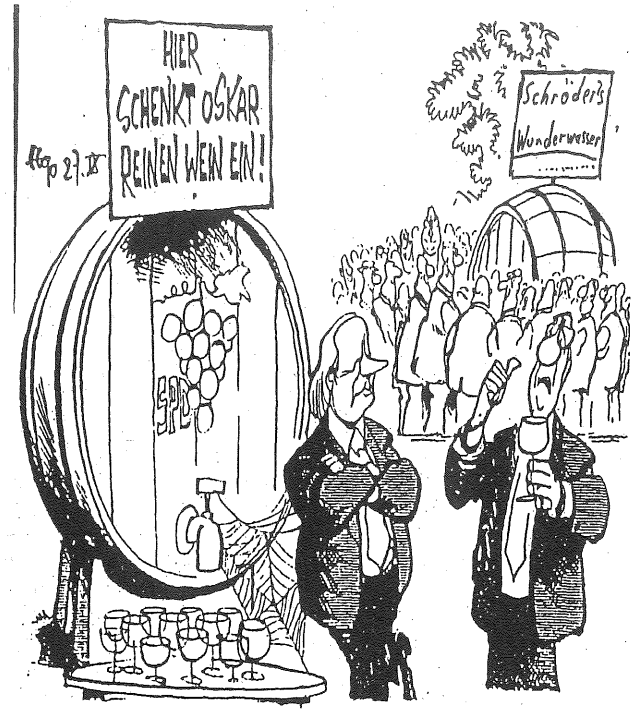
Andersdenkende werden ausgeschlossen oder müssen zurücktreten. Rudolf Dressler war am Abend des Rücktritts der einzige aus der Führungsriege, der Lafontaine's Schritt bedauerte ohne zu betonen, der Rücktritt könnte ein Neuanfang sein. Er, an dessen Stuhl auch schon mächtig gesägt wird, wird wissen, daß die SPD-Führung die Partei schlank und neoliberal gemacht hat. Die ausstehende Finanzreform wird dann auch so ausfallen, daß die Unternehmen noch mehr begünstigt werden. Noch mehr deshalb, weil Unternehmer in Deutschland kaum noch Steuern bezahlen müssen und somit an der Finanzkrise des Staates maßgeblich schuld sind. Schon mit dem Anfang der Steuerreform, der "Öko"steuer sind nur wir geschöpft worden. Die Unternehmer sind nicht nur ausgeschlossen, sie sind in Milliardenhöhe begünstigt worden (Senkung der Lohnnebenkosten). Ein ökologisch notwendiger Umbau und gesellschaftlicher Aufbruch finden nicht statt!

Der Mensch steht nicht im Mittelpunkt, das haben wir zu lernen. Ein Mensch, Lafontaine, ist aus dem Mittelpunkt verschwunden, das kann nicht unsere Konsequenz sein. Unsere Forderungen sollten wir deshalb präziser und deutlicher formulieren. Nicht nur zur nächsten Wahl.

Ulrich Franz

Berichte aus den anderen Werken

Nach dem Zusammenschluß von Bayer Diagnostic mit dem Unternehmen Chiron soll die Niederlassung von Bayer Diagnostic in München mit 159 Mitarbeitern bis Ende '99 geschlossen werden. Die Tätigkeiten werden auf die Standorte Leverkusen und Gießen konzentriert. Für 44 Mitarbeiter wurde ein sog. Transfer-Tarifvertrag abgeschlossen. Das bedeutet, daß diese Mitarbeiter keine Abfindung erhalten, sondern für den Einsatz in einem anderen Unternehmen qualifiziert werden sollen. Der verbleibenden Münchner Belegschaft wird eine Übernahme in Gießen oder Leverkusen angeboten. Im Gegensatz zur Aussage von Dr. Burkhardt auf der Betriebsversammlung wird in Leverkusen die Reduzierung der Paranteralia- und Liquida-Salben-Betriebe diskutiert: Etwa die Hälfte der 500 betroffenen Mitarbeiter befürchten den Verlust ihres Arbeitsplatzes. In Uerdingen wird die mangelhafte Auslastung der Eisenoxid-Betriebe mit einer drohenden Ausgliederung diskutiert. Hier wären ca. 500 Mitarbeiter betroffen.



"Viel zu sauer Oskar, da hinten, das ist Qualiät!"

Ein Schritt vor, zwei zurück mit dem Sicherheitsausschuß

Nach der Betriebsratswahl 1998 wurde von IG BCE-Betriebsräten bedauert, daß Klaus Annuß von der Belegschaftsliste nicht mehr für den Sicherheitsausschuß zur Verfügung stand. Sie hätten sich sogar vorstellen können, ihn, als allgemein anerkannten Experten, zum Sprecher zu wählen.

Diese Aussage galt im Februar 1999 nichts mehr. Durch den Rücktritt des IG BCE-Betriebsrates Schulte mußte im Sicherheitsausschuß des Betriebsrates u.a. der Sprecher neu gewählt werden. Klaus Annuß, mittlerweile wieder Mitglied des Ausschusses, stellte sich zur Wahl.

Gewählt wurde aber mit 13 (IG BCE-UA-Fraktion) zu 10 Stimmen (Belegschaftsliste) Klaus Bergmann. Wir können nur feststellen, daß viel "erzählt" wird von IG BCE-Seite, nur gemacht wird etwas anderes. Klaus Bergmann wünschen wir mehr Erfolg als bisher und einen "guten Draht" zu Klaus Annuß.

Aus dem Gesamtbetriebsrat

Alle PC's der Mitarbeiter/in können mit einer Virensuchsoftware automatisch geprüft werden. Die Mitarbeiter sollen vorher über dieses Vorgehen informiert werden. Bei einer Virenerkennung wird der lokale DV Support mit einer Mail informiert. Auch der/die betroffene Mitarbeiter/in wird parallel informiert. Im Bereich KU-F+E werden alle PC's zentral mit einer Software auf nicht bei Bayer lizenzierte Software überprüft. Die Mitarbeiter sollen 14 Tage vorher über die Prüfung informiert werden. Welche anderen Bereiche diese Prüfung noch einsetzen wollen, ist nicht bekannt.

Es geht um Menschen.

Nicht um böse oder gute Kurden.

Seit nunmehr 15 Jahren tobt im Osten der Türkei ein blutiger Krieg. Geführt mit unerbittlicher Härte, mit modernsten Waffen, Schnellverfahren, Folterungen und Massakern an der Bevölkerung. Kurdische junge Männer im wehrpflichtigen Alter werden beim Militär sofort in den Osten der Türkei verlegt um gegen die eigene Bevölkerung zu kämpfen. Ganze Dörfer werden dem Erdboden gleichgemacht, die Bevölkerung vertrieben, sofern Sie nicht verhaftet oder ermordet wurde. Auch deutsche Panzer wurden 1993 bei den Massakern in den Städten Lice und Sirnak eingesetzt. Bisher hat dieser Konflikt alleine in der Türkei 50.000 Menschen das Leben gekostet, 3.700 Dörfer wurden zerstört und 4 Mio. KurdInnen sind auf der Flucht bzw. zwangsumgesiedelt.

Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen haben mehrfach auf Hinrichtungen und Folter in der Türkei hingewiesen. Selbst die

für Menschenrechtsfragen zuständige Kommission der EU hat regelmäßig Nachweise über ethnisch motivierte Mißhandlungen beigebracht.

Volk ohne Rechte

Das Recht auf eigene Kultur, Sprache und Politik ist der kurdischen Bevölkerung bis heute verwehrt. Verwundern kann es daher nicht, wenn die Symbolfigur des kurdischen Freiheitswillens unter dubiosen Umständen gekidnappt wird, sich Wut und Enttäuschung unter den Flüchtlingen breitmachen. Aber gleichvon bürgerkriegsähnlichen Zuständen in der BRD zu sprechen ist doch wohl zu starker Tobak. Eine Woche später trieben wütende Bauern in Brüssel mit Mistgabeln bewaffnet die Staatsgewalt durch die Straßen - das ist offenbar normal. Für BürgerInnen eines demokratischen Rechtsstaates müßte allein die international kritisierte Menschenrechtssituation in der Türkei ausreichen den bedrohten Menschen ein Bleiberecht zuzubilligen.

Die türkische Regierung antwortete daraufhin mit Massenverhaftungen und Militäraktionen in mehreren Kurdischen Städten. Die Waffen dazu kamen auch aus der Bundesrepublik.

Das ARD-Magazin Monitor berichtete damals über den Verkauf ehemaliger NVA-Gerätschaften und dessen Verwendungszwecke in der Türkei. Zeitgleich Verbot die damalige Bundesregierung, im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern die PKK.

Solidarität

Um eine wirkliche Deeskalation zu erreichen muß die Bundesrepublik (z.Zt. Vorsitz in der EU) konkrete Schritte zu einer Internationalen Kurdistan-Konferenz unternehmen. Statt weiter den KurdInnen und Kurden mit Abschiebung zu drohen sollte ein genereller Abschiebestop erlassen werden. Das Außenministerium sollte endlich anerkennen, daß es sich bei den Bürgerkriegsflüchtlingen nicht nur um einen regional begrenzten Kurdenkonflikt handelt sondern tatsächlich um einen grausamen Bürgerkrieg. Die Menschen die in Deutschland zum Teil seit über einem Jahr unter schwierigsten Bedingungen im Wanderkirchenasyl leben, um Folter und Tod zu entgehen, brauchen unsere Solidarität. Sie sind in einer verzweifelten Situation da es für sie keine Anerkennung gibt und eine Rückkehr in die Türkei für sie nicht möglich ist. Wie gesagt es geht um Menschen.

Deutsche Verantwortung

Der Bundeskanzler und sein Innenminister unterscheiden sich hierin bisher nicht von Ihren Vorgängern. "Man könne nicht zulassen, daß KurdInnen auf deutschem Boden Konflikte austragen, mit denen man nichts zu tun habe." Zur Erinnerung: 1993 gab es eine Waffenstillstandserklärung der PKK.



Unterstützt die Flüchtlinge in der Gemarkter Kirche (Barmen)
Spendenkonto Freie Medien
Stichwort Kirchenzuluft
Kontonummer: 470834-437
BLZ:36010043 Postbank Essen

Doppelpaß: Das Schwere wagen

Will irgendein braver Deutscher zusätzlich zu seinem bisherigen Paß noch einen türkischen? Natürlich nicht. Der Neid auf eine vermeintliche Besserstellung von Doppelpaßlern ist irrational, ist nur das neueste Gewand für alte Ressentiments. So wie zuvor Ausländern selbst jene Arbeitsplätze mißgönnt wurden, die kein Deutscher haben wollte. Ausländerfeindlichkeit ist in dieser Gesellschaft tief verwurzelt - wer glaubte, die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts werde ein leichter Gang, hat eine weltoffene Minderheit mit der Mehrheit verwechselt.

Vorurteile mobilisieren ist leicht (wie die CDU in Hessen bewies), sie zu bekämpfen ist ungleich schwerer. Nicht willens und nicht fähig, das Schwere zu wagen, hat die rot-grüne Regierung einen Mittelweg versucht: Ressentiments taktisch zu managen. Aber Gerhard Schröders Handel mit den Stammischen ist nicht aufgegangen: eine harte Linie in der Asylpolitik sollte die Zustimmung zum Einbürgerungsgesetz erkaufen. Und Otto Schily fördert dumpfe Reflexe in der Erwartung, er gewönne durch Anbiederung Autorität. Den Test Volksabstimmung würde das Projekt

Einbürgerung derzeit kaum bestehen. Gerade deshalb aber tut Mobilisierung not - vor allem durch jene, die nicht auf Wählergunst schießen. Der erste Schritt: Wenn alle Verbände, die ihre Erklärungen für die Integration von Deutsch-Ausländern ernst meinen, wenigstens ihre eigene Basis dahinter versammeln.

Dieser Kommentar wurde der IG metall-Zeitung mit Genehmigung entnommen und ist von der Berliner Journalistin Charlotte Wiedemann.

Der synthetische Mensch

Professor Bumke hat neulich Menschen erfunden, die kosten zwar, laut Katalog, ziemlich viel Geld, doch ihre Herstellung dauert nur sieben Stunden, und außerdem kommen sie fix und fertig zur Welt!

Man darf dergleichen Vorteile nicht unterschätzen. Professor Bumke hat mir das alles erklärt. Und ich merkte schon nach den ersten Worten und Sätzen: Die Bumkeschen Menschen sind das, was sie kosten, auch wert.

Sie werden mit Bärten oder Busen geboren, mit allen Zubehöerteilen, je nach Geschlecht. Durch Kindheit und Jugend würde nur Zeit verloren, meinte Professor Bumke. Und da hat er ja recht.

Er sagte, wer einen Sohn, der Rechtsanwalt sei, etwa benötige, brauche ihn nur zu bestellen. Man liefere ihn, frei ab Fabrik, in des Vaters Kanzlei, promoviert und vertraut mit den schwersten juristischen Fällen.

Man brauche nun nicht mehr zwanzig Jahre zu warten, daß das Produkt einer unausgeschlafenen Nacht auf dem Umweg über Wiege und Kindergarten das Abitur und die übrigen Prüfungen, macht.

Es sei ja auch denkbar, das Kind werde dumm oder krank. Und sei für die Welt und die Eltern nicht recht zu verwenden. Oder es sei musikalisch! Das gäbe nur Zank, falls seine Eltern nichts von Musik verständen.

Nicht wahr, wer könne denn wirklich wissen, was später aus einem anfangs ganz reizenden Kinde wird? Bumke sagt, er liefere auch Töchter und Väter. Und sein Verfahren habe sich selten geirrt.

Nächstens vergrößere er seine Menschenfabrik. Schon heute liefere er zweihundertneunzehn Sorten. Mißlungene Aufträge nahm er natürlich zurück. Die müßten dann nochmals durch die verschiedenen Retorten.

Ich sagte: Da sei noch ein Bruch in den Fertigartikeln, in jenen Menschen aus Bumkes Geburtsinstitute. Sie seien konstant und würden sich niemals entwickeln. Da gab er zur Antwort: "Das ist ja grade das Gute!"

Ob ich tatsächlich vom Sichentwickeln was halte? Professor Bumke sprach's in gestrengem Ton. Auf seiner Stirn entstand eine tiefe Falte. Und dann bestellte ich mir einen vierzigjährigen Sohn.

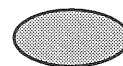
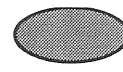
Gedicht von Erich Kästner, der im Februar 100 Jahre geworden wäre.

Schwerbehinder- tenquote in Elberfeld

In Elberfeld sind z.Zt. 115 MitarbeiterInnen beschäftigt, die unter dem besonderen Schutz des Schwerbehindertengesetzes stehen. Dies entspricht einer Quote von 3,2%. Das Gesetz sieht vor, daß Arbeitgeber, die über mindestens 16 Arbeitsplätze verfügen, wenigstens 6% ihrer Arbeitsplätze mit Schwerbehinderten zu besetzen haben. Für jeden unbesetzten Arbeitsplatz hat der Arbeitgeber eine Ausgleichsabgabe von 200 DM monatlich zu entrichten. Das bedeutet für Elberfeld, daß für die etwa 100 fehlenden Schwerbehinderten-Arbeitsplätze 240.000 DM im Jahr bezahlt werden. Der DGB und Schwerbehindertenverbände fordern seit langem eine Erhöhung der Ausgleichsabgabe, da es für Arbeitgeber billiger ist sich freizukaufen, als behindertengerechte Arbeitsplätze zu gestalten. Aber auch dieses (Zwangs-) Geld läßt sich ja durch Responsible Care wieder einsparen.

Chlor Unfall in Geb 460

Eine Chlorierung gaste länger und mehr kondensiertes Chlor aus, als von der Laborbesetzung erwartet. Nachdem um 18.00 Uhr die Abluft automatisch auf das Nacht - Minimum gedrosselt wurde breitete sich eine Chlor Wolke aus. Im Zuge weiterer Aktionen gerieten 3 Mitarbeiter in diese Wolke, sie wurden sicherheitshalber zur Beobachtung ins Krankenhaus gebracht (ohne Befund). Von der Abteilung aus wird es in Nachbetrachtung des Unfalls zusätzliche Sicherheitsanweisungen / Belehrungen geben. Uns erscheint es darüber hinaus sinnvoll, im Bereich CWL wie früher üblich, Jungakademikern von der Uni, praktisch erfahrene Laboranten / Techniker mit ins Team zu geben.



Vertrauensarbeitszeit

In der Abteilungsversammlung der Abt. PH-TO IT (alter Name) wurde von den Beschäftigten der Stand zur Diskussion der angeregten "Vertrauensarbeitszeit" erfragt.

Sowohl die Abteilungsleitung als auch die anwesenden Betriebsräte der IG BCE-Fraktion beeilten sich darzustellen, daß man eigentlich direkt mit einem Probelauf starten könne. Zur Überraschung der Betriebsräte der Belegschaftsliste wurde von der Besichtigung und Diskussion des Betriebes "Sachleben-Chemie" in Duisburg berichtet. Die Sachleben-Chemie hat die Vertrauensarbeitszeit wohl flächendeckend eingeführt, die dortigen Betriebsräte hätten - so wurde berichtet - keine Bedenken. An einer solchen Besichtigungsfahrt und deren Informatio-

nen hatte die IG-BCE und UA-Fraktion die Betriebsräte der Belegschaftsliste absichtlich nicht beteiligt.

Die Vertreterin der UA's, Frau Schmidt, die an der Besichtigungstour teilgenommen hatte, stellte sich in der Abteilungsversammlung als klare Gegnerin der Vertrauensarbeitszeit vor. Sie hatte Recht damit, wenn sie das Nicht-vorhandene Klima des Vertrauens in der Belegschaft feststellt, das eigentlich Voraussetzung sein müsste. Auch glauben wir, daß eine Einführung von Vertrauensarbeitszeit in einer Abteilung Signalwirkung für weitere Bereiche haben wird.

In der am Folgetag stattgefundenen Entgeltausschußsitzung, dieser Ausschuß sollte die Vertrauensarbeitszeit behandeln, wurden keine der offenen Fragen geklärt. Es bleibt unklar, wie

Bayer die vom Gesetzgeber geforderte Kontrolle der täglichen Arbeitszeit erfüllen möchte. Abgrenzungen von Mehrarbeit bleiben für den Betriebsrat nicht nachvollziehbar. Klar aber ist, daß die Betriebsräte der IG BCE keine Kontrolle mehr ausüben wollen.

Nix Neues

In der Betriebsratsitzung am 18.3.99 konnte keine einheitliche Auffassung des Betriebsrates zur Vertrauensarbeitszeit festgestellt werden. Bislang geäußerte Bedenken und Unklarheiten fanden keine Berücksichtigung. Der Entgeltausschuß hat erneut den Auftrag bekommen, für die nächste Betriebsratsitzung einen Vorschlag zu erarbeiten.

Erste Abmahnung an den Klüngel von IG BCE und Chemieunternehmer

Die Chemie-Tarifrunde ist noch nicht so richtig in Gang gekommen, da stauen sich schon die Negativschlagzeilen.

Historie

Die Gewerkschaft hatte zur Rettung der "vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall", welche die damalige unchristliche Regierung abgesenkt hatte, das 13 Monatsgehalt von 100 auf 95 Prozent abgesenkt. Nach der jetzt vollzogenen gesetzlichen Änderung auf volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch die rosa-grünliche Bundesregierung ist die IG BCE (Gewerkschaft) nicht bereit die 100 Prozent des 13-Monatsgehaltes in ihre Forderung für die Tarifvertragsverhandlungen für den Juni 99 mit aufzunehmen. Forderungempfehlung des Hauptvorstandes ist lediglich eine Entgelterhöhung von 5 bis 5.5% bei einer Laufzeit von 12 Monaten.

Schlimmer ist die Vorstellung der IG BCE im Herbst einen neuen Tarifvertrag abzuschließen. Allerdings stehen nicht die 100 Prozent des 13ten im Mittelpunkt. Ziel der IG BCE und des Unternehmerverbandes ist, ein Dienstleistungstarifvertrag zu kreieren.

Billigtarifvertrag

Auf der Tarifpolitischen Tagung der IG BCE im Feb. '99 wurden die Leitlinien, wie uns mitgeteilt wurde, abgesteckt. Die auf der gewerkschaftlichen Tagung anwesenden Unternehmer (so was muß man sich mal vorstellen) sollen einen Dienstleistungs-Tarifvertrag gefordert haben. Als die Antwort eines BASF-Betriebsrates dahingehend ausfiel, so etwas könne man sich im Handwerksbereich vorstellen, wenn die Beschäftigten dort IG Metall Mitglieder werden und an den jährlichen Warnstreiks teilnehmen würden, wehrten die Unternehmer ab: Ziel sei es, nicht aus dem Chemiegewerkschaftsbereich auszuscheren, Ziel sei es, niedrigere Dienstleistungsverträge mit der Chemiegewerkschaft (IG BCE) abzuschließen. Diesen Vorstellungen konnte sich das für Tarifpolitik zuständige Hauptvorstandesmitglied Werner Bischoff nach unserer Kenntnis anschließen. Denn, so seine vorgeschobene Angst, sonst würden viele Unternehmen sich in andere Tarifverbände flüchten.

Gegenüber BASF-Betriebsräten wir die Bayer AG als Vorreiter für Betriebsvereinbarungen von Dienst- und Servicebereiche dargestellt, um die BASF-Betriebsräte dazu zu bringen einer tarifliche Lösung zuzustimmen.

Rolf Erler, IG BCE-Hauptamtlicher bestätigte auf einer Abteilungsversammlung gegenüber Bayer-Hauptwerkstattbeschäftigten im März 99, daß über einen abgesenkten Dienstlei-

stungstarifvertrag Gespräche zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaft stattfinden sollen.

Wer würde zu Dienstleistungsbereich zählen, und wie könnte bezahlt werden?

Zu den Bereichen die unter einen Dienstleistungstarifvertrag fallen könnten, gibt es konkrete Vorstellungen der Unternehmer. Dienstleistungsabteilungen und Servicebereiche wären:

- Beschaffung
- Finanz- und Rechnungswesen
- Forschung
- Informatik
- Logistik
- Recht, Patente/Lizenzen, Versicherung und Technik.

Nahezu identisch hat die IG BCE (Gewerkschaft) nach unserer Kenntnis auf ihrer Hauptamtlichen Tagung 1999 die Servicebereiche benannt, die unter einen Dienstleistungstarifvertrag fallen würden.

Wie soll das "Kind" ins Leben gerufen werden?

Erst einmal müßte die IG BCE den neu abzuschließenden Vertrag als besondere Leistung hochhalten. Er würde als Rettung vor dem Ausgliedern der oben genannte Bereiche herhalten müssen. Dann könnte ggf. noch das 13te Monatsgehalt wieder auf 100 Prozent für alle angehoben werden, damit die nicht betroffenen Kollegen ruhiggestellt werden. Bei Bayer könnte natürlich nur nach der Salamitaktik vorgegangen werden. Die Küche und die Handwerksabteilungen

mußten als erstes "geknackt" werden. Die Argumente sind doch dort am einleuchtensten: Die Mitarbeiter würden vor die Alternative "Fremdvergabe oder abgesenkten Dienstleistungstarifvertrag" gestellt! Alternativen dazu, oder Gegenwehr würden durch Unternehmensleitung und Gewerkschaft schon gedanklich ausgeschlossen werden!

Danach wären die anderen Bereiche und Institute dran. Diese machte der Gesamtbetriebsrats-Vorsitzende Gipperich deutlich in seinem BR-Info vom Dez. 98: (Originalzitat): *Sicher ist auch, dass Dienstleistungen und Servicebereiche erneut in die Diskussion kommen werden. Dieser Diskussion müssen wir uns mit intelligenten Antworten und Lösungen stellen.... Oberstes Ziel dabei ist, den Sozial- und Dienstleistungsbereich im Unternehmensverbund zu halten. Dazu brauchen wir die Unterstützung .. von den Tarifparteien... Im Namen der Bayer-Belegschaft signalisiere ich dem Vorstand hierzu unsere Bereitschaft.* (Ende des Zitates)!

Wir halten entgegen: wir signalisieren keine Bereitschaft!

Gesamtbetriebsrat und Gewerkschaft lösen bestehende Tarifverträge auf, schaffen Billiglösungen und glauben uns zu vertreten.

Wir werden dem nicht tatenlos zusehen. Sollte die IG BCE verschlechternde Tarifverträge nur in die Diskussion bringen, werden wir eine zweite Mahnung loslassen!

Wir, die Belegschaftsliste, aber auch alle im Chemiekreis bundesweit organisierten Beschäftigten fordern zur Diskussion auf und werden das Ergebnis auch in der Belegschaftslisten-Zeitung vorstellen.

Erste Abmahnung an den Klüngel von IG BCE und Chemieunternehmer.

Tarifforderung der Belegschaftsliste

Die Belegschaftsliste hat in ihrer Versammlung am 18.03.99 intensiv die Tarifsituation diskutiert. Es wurde mit Bedauern zur Kenntnis genommen, daß die IG BCE keine satzungsgemäße Versammlung mehr durchführt, um eine Tarifforderung aufzustellen. Ein Tarifiergebnis, daß die negative Entwicklung der letzten Jahre auch nur annähernd ausgleicht, setzt nicht nur eine entsprechende Forderung voraus, sondern braucht auch eine entsprechende betriebliche Unterstützung. Die bekommt man aber nicht mit Fragebogen und ein paar Freibier.

Wir fordern die aktive Einbindung und Information aller Vertrauensleute!

Wir fordern die IG BCE auf, die folgende Forderung für 1999 mit einzubeziehen:

1. Erhöhung aller Tarifentgelte um 6,5%, mindestens aber um 300,-DM.
2. Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um monatlich 150,-DM.
3. Auszahlung der fehlenden 5% des 13. Monatsentgeltes (Das tarifliche Weihnachtsgeld wurde für die ungeminderte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf 95% reduziert, jetzt gilt wieder gesetzlich 100%)
4. Keine Verhandlungen über einen Tarifvertrag mit abgesenkten Bezügen für sogenannte "Dienstleistungsbereiche".
5. Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze auf mind. 10% der Stammbeschaften. Unternehmen, die dies ablehnen, sollen zur Zahlung einer Ausbildungsplatzabgabe verpflichtet werden, aus der dann betriebsübergreifende Ausbildungsstätten finanziert werden.

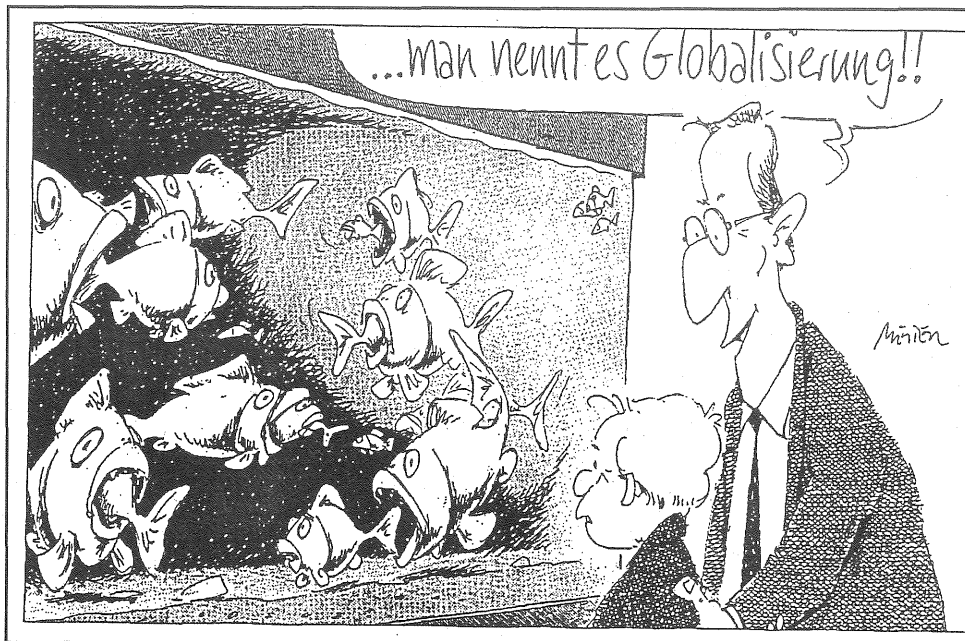
> Empört bin ich - ein wenig <

oder wie der Betriebsrat sich mal wieder einen in die eigene Tasche lügt
 Ende 1998 war bereits bekannt, das einige Bereich wie QA, VEC oder PH-TR Chemielaboranten suchten. Ebenfalls war bekannt, das einige Chemielaboranten nach ihrer Prüfung im Januar versorgt werden mußten. In der Personal-Ausschuß-Sitzung am 7.01.99 wurde von der Belegschaftsliste noch einmal dementsprechend nachgefragt. Am 11.01.99 werden 4 Chemielaboranten nach bestandener Prüfung in die Abt. LS-Marketing in Leverkusen versetzt; hier waren angeblich die einzig unbefristeten Stellen frei. In der Sitzung am 14.01.99 wird eine Werksinterne Stellen-ausschreibung (WIS) für Chemielaboranten in der VE Chemie behandelt. Gleichzeitig werden von extern Chemielaboranten befristet bis November 2001 eingestellt. Frau Schmidt wird auf die 4 Chemielaboranten hingewiesen. Sie wird aufgefordert, alles zu unternehmen, daß die Rückkehr der 4 Laboranten ermöglicht. In der Sitzung am 28.01.99 werden erneut WIS für insgesamt 11 Chemielaboranten behandelt. Der Antrag der Belegschaftsliste, diese WIS zugun-

sten der 4 Laboranten auszusetzen und damit eine Rückkehr zu ermöglichen, wird von Frau Schmidt und der IG Chemie-UA-Mehrheit abgelehnt. In der Sitzung am 4.02.99 wird eine weitere WIS, wo für QA 3 Chemielaboranten gesucht werden, behandelt. Es werden keine weiteren Schritte bezüglich der Rückversetzung der Laboranten unternehmen. In der Sitzung am 11.02.99 wird mitgeteilt, das die WIS für 3 Laboranten in QA erfolglos war. Die IG Chemie-UA-Mehrheit unternimmt weiterhin nichts bezüglich einer Rückkehrmöglichkeit. In der Sitzung am 18.02.99 teilt Comel dem Ausschuß mit, er habe die 4 Laboranten in Leverkusen besucht und diese möchten auch gerne

in Wuppertal arbeiten. Hierüber habe er mit Herrn Sparrer/ Personal-Abt. gesprochen. Frau Schmidt meint dazu, Comel hätte den Personal-Ausschuß über diese Aktivitäten nicht informieren brauchen. In der Sitzung am 24.02.99 wird mitgeteilt, das für die 11 freien Chemielaboranten-Arbeitsplätze sich nur 3 Mitarbeiter beworben haben. Gleichzeitig teilt Comel mit, das er den 4 Laboranten in Leverkusen empfohlen hat, sich auf eine Versetzungsliste eintragen zu lassen, um eventuell eine erfolglose WIS in Elberfeld genommen zu werden. Auf der QA-Abteilungsversammlung am 5.03.99 teilt Herr Dr. Maldener auf Anfrage mit, daß er die erfolglose WIS nicht mit "Jungla-

boranten" sondern mit "erfahrenen Laboranten" von extern besetzen wird. Ob dieses Verfahren auch für die noch freien Arbeitsplätze im CWL angewandt wird und ob der Personal-Ausschuß des Betriebsrates dies so akzeptiert, können wir zum momentanen Zeitpunkt nicht sagen. Aber im Gegensatz zu dem auf den Abteilungsversammlungen vermittelten Eindruck, daß sich der Betriebsrat ein Bein ausreißt, damit die jungen Kollegen nach Elberfeld zurückkommen können, befürchten wir, daß die IG Chemie-UA-Betriebsräte eher nichts unternehmen.



Vielen Dank an alle, die mit Ihrer Spende das Erscheinen dieser Zeitung ermöglichen.

Unsere Konto-Nr.: 4760625, Commerzbank Wpt., BLZ 33040001, Kennwort: Hochwald / Belegschaftsliste

